

# Welt der Arbeit

Ausgabe 14

www.weltderarbeit.de

10. November 2004

## WdA im November

Die Errungenschaften der deutschen Arbeiterbewegung, einst Vorbild für ganz Europa, werden scheinbar abgebaut. Das wird nirgends so deutlich wie im Bereich der Tarifpolitik. Viele Unternehmen sind bereits aus den Flächentarifverträgen ausgeschert. Ihr Druckmittel: Vernichtung von Arbeitsplätzen. Diese Entwicklung ist inhaltlicher Schwerpunkt der November-WdA. Manchmal, wir sahen es am Kampf der Opel-Arbeiter, siegen Solidarität und Entschlossenheit über das kalt-schnäuzige Kalkül der Konzerne. Und dass hier die Arbeiter der IG Metall vorangingen, sollte der Gewerkschaften – sollte allen Gewerkschaften – zu denken geben, zumal die Probleme nicht neu sind, wie unter anderem der zitierte, 45 Jahre alte Beitrag eines früheren Vordenkers der Gewerkschaften belegt.

## Widerstand!



Foto: Arbeiterfotografie

## Inhalt dieser Ausgabe

### Widerstand!

Seite 1

### Rettet die Arbeitsplätze!

Seite 2

### Tarifforderungen sind Machtfragen

Seite 3

### Gewerkschaften in der Zeitenwende

Seite 4

### Blick zurück: Jakob Moneta - ein Unangepasster wird 90

Seite 5

### Sammelbecken der Unzufriedenen

Seite 6

### Boom beim deutschen Waffenhandel

Seite 7

### Wege zu mehr Beschäftigung, Fortbestand der Akademien?, Erinnerungsarbeit

Seite 8

### Lehrstellenlücke wächst, Buch-Tipp, Kommentar, Impressum

Seite 9

Sieben Tage lang haben die Opel-Beschäftigten in Bochum die Arbeit verweigert. In den über 140 Stunden dauernden Informationsveranstaltungen der Belegschaft wurde gegen den geplanten Stellenabbau protestiert und von der Geschäftsleitung der Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen gefordert. Die Beschäftigten haben einen überzeugenden Zusammenhalt demonstriert und bewiesen, dass Solidarität mächtig macht!

In den Versammlungen an den Werkstoren wurde jeder Schritt des Kampfes beraten und abgestimmt. Die gewerkschaftlichen Vertrauensleute im Betrieb haben nicht nur großen Mut bewiesen, sondern auch Fähigkeiten entwickelt, die sie zuvor nicht kannten. Die Belegschaft hat einen großartigen Beweis dafür geliefert, dass sie für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze kämpfen kann. Wie erbärmlich war dagegen das Verhalten der Manager des Konzerns. Die Bochumer Werksleitung hatte es noch nicht einmal für nötig befunden, die Beschäftigten über die Konzernpläne zu informieren. Aber in der General Motors-Zentrale in den USA weiß man jetzt, wo Bochum liegt.

Der amerikanische Konzern beschäftigt in Europa derzeit etwa 62.000 Menschen. Insgesamt sollen in den kommenden zwei Jahren 12.000 Arbeitsplätze abgebaut werden, 10.000 davon bereits 2005. Insgesamt sollen jährlich 500 Millionen Euro gespart werden. Bereits in den 90er Jahren hatten die Beschäftigten mit ihren Betriebsräten zwei Standortsicherungsverträge mit Lohnverzicht abgeschlossen. Seit 2001 bleiben bei den Europa-Ablegern von General Motors schon 20.000 Stellen auf der Strecke. Wann müssen Vermögensbesitzer und Manager für ihre asoziale Politik endlich haften?

Franz Kersjes

## Rettet die Arbeitsplätze!

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist katastrophal. An jedem Arbeitstag werden etwa 2.000 sozialversicherungspflichtige Jobs vernichtet. Bessere Zeiten sind nicht in Sicht. Nicht nur in Großbetrieben und Konzernen werden Arbeitskosten gedrückt und abhängig Beschäftigte in die Arbeitslosigkeit abgeschoben; auch und vor allem in vielen Klein- und Mittelbetrieben ist der Beschäftigtenabbau erheblich. Die Betroffenen werden mit Hilfe von Hartz IV in materielle Armut gedrängt und haben kaum Chancen, wieder eine Beschäftigung zu finden.



Trotz Arbeitsmarktreflexen erwartet auch die Bundesregierung keinen spürbaren Rückgang der Arbeitslosigkeit. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sinkt drastisch. Nach ersten Hochrechnungen der Bundesagentur für Arbeit lag ihre Zahl im Juli um 487.000 niedriger als im Vorjahr; allein im vergangenen Jahr wurden etwa 600.000 dieser Stellen vernichtet. „Der Jobabbau bei den Versicherungspflichtigen wird anhalten“, meint der Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Klaus Zimmermann, „weil unverändert Anreize bestehen, reguläre Jobs umzuwandeln in geringfügig entlohnte“.

Bei der Bekämpfung der Arbeits-

losigkeit erweist sich die Bundesregierung als hilflos. Keine der eingeleiteten beschäftigungspolitischen Maßnahmen schafft neue Arbeitsplätze. Es fehlt eine überzeugende und wirkungsvolle Alternative zur Marktherrschaft der Konzerne und Großbetriebe.

Der Wirtschaftsminister verweist auf positive Signale: Die Unternehmensgewinne sind auch in diesem Jahr kräftig gestiegen! „Die deutsche Wettbewerbsfähigkeit ist ausgesprochen gut“, stellt Wolfgang Clement fest. Die realen Ausfuhren, beispielsweise, werden in diesem Jahr um 11 Prozent und im nächsten Jahr um 8 Prozent steigen. Aber die Binnennachfrage schrumpfte auch im zweiten Quartal 2004. Den Grund dafür sehen Ökonomen allerdings weniger bei den Verbrauchern und deren angeblichem „Konsumstreik“. Die Nachfragebremse entsteht vielmehr durch die fehlenden Investitionen der Unternehmen. Allein seit dem Jahr 2000 gingen die Investitionen in Deutschland um 20 Prozent zurück.

Die Vermögensbesitzer investieren grundsätzlich nur dort, wo ihr Kapital die höchste Rendite erzielt. Und Parteien und Regierungen helfen dabei. Die Steigerung von Renditen wird auch noch durch Steuergelder gefördert. Wer in den neuen Beitrittsländern der Europäischen Union in Arbeitsplätze investiert, erhält staatliche Subventionen und Fördermittel, die zu vergleichsweise niedrigen Produktionskosten führen. Auch wenn in deutschen Unternehmen die Arbeitskosten sinken, ist der Vorteil der neu geschaffenen Konkurrenz kaum aufzuholen.

Die Europäische Union hat für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen nur dann Sinn, wenn in den Mitgliedsländern die grundsätzliche Gleichbehandlung von abhängig Beschäftigten gewährleistet wird. Darüber hinaus ist eine Steuerpolitik erforderlich, die Subventionen verhindert und Standortkonkurrenz weitgehend ausschließt.



Die Gewerkschaften müssen über die eingeleitete defensive Tarifkoordination hinaus zu einer aktiven Politik in Europa zusammenfinden. Notwendig ist eine Politisierung der Tarifkoordination. Es müssen beschäftigungspolitische Gegenmodelle zu den Prinzipien des Neoliberalismus entwickelt werden. Die sozialen Bewegungen müssen europaweit handeln. Und die Gewerkschaften müssen europaweit streikfähig werden!

Die Bundesregierung behauptet, zu ihrer Politik gäbe es keine Alternative. CDU/CSU und FDP wollen noch härtere Einschnitte bei der Sozialpolitik und beim Arbeitsrecht. Es bleibt nur ein Ausweg: Widerstand! Es gibt Alternativen! Die Kampagne von ver.di und IG Metall für ein ARBEITNEHMERBEGEHREN muss unterstützt werden!

Franz Kersjes

[www.arbeitnehmerbegehren.de](http://www.arbeitnehmerbegehren.de)

Alle Fotos: [arbeiterfotografie@t-online.de](mailto:arbeiterfotografie@t-online.de)

## Tariffragen sind Machtfragen

Die Flächentarifverträge sollen ihre Verbindlichkeit verlieren. Mit der Kündigung von Manteltarifverträgen wollen Unternehmerverbände ihre Mitgliedsfirmen von den „Fesseln des Tarifwerkes befreien“. So haben beispielsweise die Unternehmer der Druckindustrie sowie der Papier, Pappe und Kunststoffe verarbeitenden Industrie die Verträge für gewerbliche Arbeitnehmer/innen und Angestellte zum 31.12.2004 gekündigt. Sie verlangen unter anderem:

- eine Öffnungsklausel zur Erhöhung der Arbeitszeit von derzeit 35 auf bis zu 40 Stunden pro Woche ohne Lohn- und Gehaltsausgleich und im jeweiligen Fall ohne Einbeziehung der Tarifvertragsparteien;
- die Möglichkeit der Anpassung von täglicher und wöchentlicher Arbeitszeit je nach Arbeitsvolumen;
- die Einbeziehung des bislang freien Samstags in die Regelarbeitszeit;
- die Streichung bzw. Reduzierung von Zuschlägen;
- die generelle Möglichkeit der Betriebe, befristet die Absenkung oder Streichung der Jahresleistung (13. tarifliches Monatsentgelt) zu vereinbaren, ohne Beteiligung der Tarifvertragsparteien.

Zur Flexibilisierung der Arbeitszeit ist bereits ein umfangreiches Instrumentarium vorhanden: Verlängerung der Arbeitszeiten durch Überstunden; Teilzeitarbeit; tarifliche Verkürzung der Arbeitszeit; Kurzarbeit; Schichtarbeit / ständige Nacharbeit; Mehrarbeit und Sonderschichten an Samstagen und an Sonn- und Feiertagen; Leiharbeit; befristete Arbeitsverhältnisse; Arbeitszeitkonten; Freizeitausgleich für Überstunden; Einführung von 4-Schicht-Systemen. Weitere Maß-

nahmen zur Flexibilisierung der Arbeitszeiten sind kaum noch denkbar. Aber darum geht es den Unternehmern auch gar nicht. Sie wollen vielmehr durch eine möglichst regelmäßige Verlängerung der Arbeitszeiten die Stundenlöhne senken! Länger arbeiten bei gleichem Lohn: Das ist die Parole vieler Politiker und Unternehmer! Und viele Beschäftigte glauben, dass sie mit einer längeren Arbeitszeit ihre Arbeitsplätze retten. Das Gegenteil ist jedoch der Fall.

### Längere Arbeitszeiten – weniger Einkommen

Mit einer Verlängerung von 35 auf 40 Stunden wird die Wochenarbeitszeit um 14 Prozent ausgeweitet. Wenn die Unternehmer den Umsatz nicht entsprechend steigern können, wird es zu Entlassungen kommen. In einem Betrieb mit 100 Beschäftigten wären 14 überflüssig.

Wenn künftig länger gearbeitet werden soll und die Stundenlöhne dadurch sinken, hat das auch Auswirkungen auf die Berechnung der Erschwerniszuschläge, auf Urlaubsgeld, Jahresleistung und künftige Erhöhungen der Löhne und Gehälter. Sinkt der Stundenlohn, sinken auch die Einkommen der Beschäftigten!

Mit der Ankündigung der Druckunternehmer, keinen Manteltarifvertrag mehr abzuschließen, in dem ihre Forderungen nicht umgesetzt sind, hat der Bundesverband Druck und Medien seine Erpressung nochmals verschärft. Es ist jedoch sinnlos, sich auf die Forderungen der Unternehmer und ihrer Verbände einzulassen! Während der relativ langen Kündigungsfrist von mehreren Monaten und der bestehenden tariflichen Friedenspflicht werden die

Unternehmer versuchen, ihre Forderungen betrieblich durchzusetzen. Betriebsräte und Belegschaften sollen unter Androhung von Arbeitsplatzverlusten zu Abweichungen von bestehenden tariflichen Normen gezwungen werden. Dagegen hilft nur gut organisierter Widerstand. Es wird nötig sein, die Tariffucht durch den Häuserkampf zu verhindern.

Der Kampf gegen die Aufhebung der Verbindlichkeit von tariflichen Bestimmungen ist überfällig. Viele Betriebe sind bereits aus den Arbeitgeberverbänden ausgetreten und haben Tarifverträge durch schlechtere Vereinbarungen in den Einzelarbeitsverträgen abgelöst. Nicht wenige Belegschaften haben dem erpresserischen Druck ihrer Geschäftsleitung nicht standgehalten. Das hat die Wettbewerbssituation in vielen Branchen dramatisch verschärft. Die Preise für Güter und Dienstleistungen sinken und die Verluste der Betriebe sollen durch niedrigere Arbeitskosten ausgeglichen werden.

### Schutzrechte verteidigen!

Viele Unternehmervverbände sind durch Mitgliederverluste inzwischen sehr geschwächt und kaum noch tarifmächtig. Für die Gewerkschaften ist das eine außerordentlich schwierige Situation. Der Flächentarifvertrag kann seine Bedeutung nur behalten bzw. wiedergewinnen, wenn in den meisten Betrieben die tariflichen Schutzrechte der Beschäftigten verteidigt bzw. zurück gewonnen werden. Dafür müssen sich die Belegschaften aktiv einsetzen. Informationen,

- Fortsetzung auf Seite 4 -

## Gewerkschaften in der Zeitenwende

Die Unternehmensleitungen entscheiden allein über Investitionen, Expansionen und neuerdings über Betriebsneubauten im Ausland, gleichgültig, ob diese Investitionen betriebs- oder volkswirtschaftlich sinnvoll sind oder nicht. Die aus dem vorenthaltenen Lohn durchgeführte Kapitalakkumulation hat durch die hierdurch bedingte Wertsteigerung der Betriebe die Aktienkurse auf ein Vielfaches der Nennwerte heraufgetrieben und damit den „Eigentümern“ riesige Gewinne zugeschanzt. Es ist eine Perversion, den Gewerkschaften und der Arbeiterschaft eine kapitalistische Verantwortung für Sinn, Zweck und Ziel der Akkumulation aufbürden zu wollen.....

Die Lage der westdeutschen Gewerkschaften ist schwach geworden, das gesellschaftliche Kräfteverhältnis hat sich völlig zu ihren Ungunsten verschoben. Dieser Zustand kann nur geändert werden, wenn man alle noch vorhandenen Kräfte auf wenige Nahziele konzentriert. Es ist sinnlos, sich in allen nichts sagenden Ausschüssen und Gremien zu bewegen und sich dem Gedanken hinzugeben, diese repräsentative Anwesenheit hätte auch nur den geringsten praktischen Wert für die Interessen der Arbeiterschaft. Mag es dem einzelnen Funktionär schmeicheln, mit Ministern und Unternehmern, anscheinend anerkannt, zusammensitzen, mit der Vertretung der Arbeiterschaft hat dieses alles nicht das Geringste zu tun. Es absorbiert zudem zahlreiche Kräfte, die der Gewerkschaftsarbeit verloren gehen, die aber von den Mitgliedsbeiträgen bezahlt werden müssen. Das Ansehen und der Einfluss der Gewerkschaften kann erfolgreich nur noch gehoben werden, wenn man sich vorläufig allein konzentriert auf den Lohn und die Arbeitszeit und auf die Sicherung des Arbeitsplatzes. Wenn an die Stelle von sinnlos gewordenen Aufsichtsratssitzungen Lohnbewegungen träten, wenn die Zeit für Sitzungen in der Montanunion oder in den Ausschüssen des Gemeinsamen Marktes für Belegschaftsbesprechungen verwandt würde, änderte sich die Gleichgültigkeit der Mitglieder in Anteilnahme und in sich steigernde gewerkschaftliche Aktivität. Dann könnte man für die Macht der Gewerkschaften wieder hoffen.

**Viktor Agartz**

(Zitat aus Nr. 17 der WISO-Korrespondenz vom 1. September 1959)

## Fortsetzung von Seite 3

Aufklärung und Diskussionen über die Ziele des Tarifikampfes müssen die Gewerkschaften in jedem Betrieb gewährleisten. Sie stehen vor einer dreifachen Herausforderung:

1. Die bestehenden Tarifverträge umzusetzen, und zwar ohne dass sie unterlaufen werden.
2. Alle Kraft darauf zu konzentrieren, in den Belegschaften, die ohne den Schutz bestehender Tarifverträge sind, diesen Schutz durch Firmentarifvertrag herzustellen.
3. Die Belegschaften, die mit Tarifbruch konfrontiert sind, zu ermutigen, die bestehenden Tarifrechte zu verteidigen.

Wenn immer mehr Belegschaften ohne Schutz durch unabdingbare Tarifverträge blieben und die Gewerkschaften untätig zusähen, verlören sie als Vertreter der Arbeitnehmer ihre soziale Gestaltungsmacht und damit letztlich ihren Sinn. Sie müssen also ein verbindliches Tarifrecht durchsetzen. Sie müssen verhindern, dass Beschäftigte und Belegschaften im Wettlauf des wechselseitigen Unterbietens gegeneinander ausgespielt werden. Schließlich ist die Einheitsgewerkschaft unter anderem aus der Einsicht gegründet worden, die Konkurrenz in den eigenen Reihen auszuschließen.

Im Kampf gegen den Neoliberalismus sind Gewerkschaften kein Ordnungsfaktor. Sie müssen mit aller Kraft Gegenmacht organisieren. Alle anderen Aufgaben der ehrenamtlichen und hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre müssen zurück gestellt werden. Wenn der Häuserkampf nicht erfolgreich ist, haben Gewerkschaften keine Zukunft.

—es.



Blick zurück**Jakob Moneta – ein Unangepasster wird 90**

Der Beginn des Ersten Weltkriegs lag wenige Monate zurück. Menschen litten und starben im Stellungskrieg; die Rüstungsindustrien auf allen Seiten boomten, und das kurzlebige deutsche Kaiserreich ging seinem Ende entgegen. Es ging aber auch das Habsburger Reich zugrunde, zu dem die Stadt Blazowa gehörte, gelegen zwischen Lemberg und Krakau und bekannt für ihre Textilindustrie. Dort kam Vater Moneta zu Wohlstand; und dort wurde am 11. November 1914 sein Sohn geboren. Jetzt vollendet Jakob Moneta sein 90. Lebensjahr.

Am Tag, an dem Jakob vier Jahre alt wurde, wurde der Versailler Vertrag unterschrieben. Am folgenden Tag verkündete der sozialistische Rat der Volksbeauftragten mit Gesetzeskraft erste demokratische Rechte; sie galten unterschiedslos für alle Deutschen. Blazowa aber gehörte nun nicht mehr zur k.u.k.-Monarchie, sondern zum wiedererstandenen Polen. Die polnischen Bewohner jubelten - und veranstalteten ein Judenpogrom. Die jüdische Familie Moneta floh nach Deutschland, woher sie ursprünglich ohnehin stammte. Sie floh weit in den Westen, nach Köln, wo die Monetas bald erfolgreich eine Wäschefabrik betrieben. Für Jakob, den kleinen ostjüdischen Jungen, der ausschließlich Jiddisch sprach, war die Übersiedlung ins Rheinland anfangs nicht leicht gewesen.

Ein halbes Jahrhundert später erinnerte Jakob Moneta an die Umbruchsituation jener Zeit; er erinnerte daran in der Zeitschrift „Metall“, deren Chefredakteur er

von 1962 bis 1978 war. Er gedachte vor allem der beiden Matrosen Alwin Köbis und Max Reichpietsch, die zu den Anführern der revolutionären Bewegung bei der Kriegsmarine gehört hatten. Nach einem unerlaubten Landgang mit Besuch einer Protestversammlung gegen die Sinnlosigkeit des Krieges und die unvorstellbar schlechte Behandlung der Matrosen waren sie wegen „kriegsverräterischer Aufstandserregung“ hingerichtet worden. Jakob Moneta hatte gerade dieses Beispiel für seinen journalistischen Rückblick gewählt, weil nichts so krass die Klassengesellschaft der damaligen Zeit spiegelte wie die Behandlung der Mannschaften durch die Offiziere in der kaiserlichen Kriegsmarine.

Bis zum Chefredakteursposten war es für Jakob Moneta ein weiter Weg gewesen. Am jüdischen Gymnasium in Köln hatte er das Abitur gemacht. Etwa gleichzeitig, mit 17 Jahren, war er der Jugendorganisation der SAP beigetreten; er verstand sich als Trotzkiist. Vater und Mutter waren entsetzt. Aber inzwischen hatten die Dreißigerjahre begonnen, die Arbeitslosen standen zu Millionen auf der Straße, und dort erhielten die Nationalsozialisten immer mehr Zulauf. „Man musste ja blind sein“, erklärt Jakob Moneta auf die Frage nach den Motiven für sein linkes Engagement. „Man musste ja blind sein, um nicht zu sehen, wohin das politisch führt.“ Während sich die Eltern auf Umwegen in die USA retten konnten, wanderte Jakob Moneta 1933 nach Palästina aus. Offiziell reiste er als eingeschriebener Student der Universität Jeru-

salem, studierte dort aber nie, sondern lebte und arbeitete in einem Kibbuz als „Orangenkistennagler“; so heißt es in einem Prachtband zum 100jährigen Bestehen der IG-Metall-Zeitung über Moneta. Was sich wie ein Job anhört, „war schwerste Arbeit, sehr hart und übrigens ein Lehrberuf“, wie sich Moneta erinnert. „Ich habe die dreijährige Lehre gemacht, dann die Meisterprüfung. Damit konnte ich Lehrlinge ausbilden.“ Lange ging das jedoch nicht gut, denn der Meister rief zu einem Streik um den Achtstundentag auf, verlor umgehend seinen Posten und musste sich hier und da neue Arbeit suchen. Unter anderem fand er sie bei Agence France Presse in Jerusalem; dort übersetzte er Agenturberichte aus der französischen in die englische Sprache. Das sind nur zwei von zehn Sprachen, die er beherrscht.

1948 kehrte Jakob Moneta nach Deutschland zurück. Im zerstörten Köln wurde er Redakteur der „Rheinischen Zeitung“. In Köln trafen sich nach Ende des Zweiten Weltkriegs aber auch etliche der früheren SAP-Genossen, die in der Weimarer Zeit politisch etwa zwischen der SPD und der KPD gestanden hatten, durchaus revolutionär gesonnen waren, den Stalinismus aber vehement ablehnten. Otto Brenner gehörte zur SAP, auch Willy Brandt, um nur zwei bekannte Namen zu nennen. Heinz Kühn, auch ein ehemaliger Emigrant, war Monetas Chef bei der „Rheinischen“. Seine journalistische Tätigkeit gab Jakob Moneta nur für kurze Zeit auf, als er in der SPD-„Baracke“ in Bonn im Auslands-

**-Fortsetzung auf Seite 6 -**

**Fortsetzung von Seite 5**

referat der Partei arbeitete und danach als Sozialattaché an die deutsche Botschaft nach Paris ging. 1962 berief ihn der IG-Metall-Vorstand zum Chefredakteur seiner Mitgliederzeitung nach Frankfurt am Main. Dort lebt Jakob Moneta noch heute.

Bis in die allerjüngste Zeit veröffentlicht er Beiträge in einer linken politischen Zeitschrift. Er war immer ein Unangepasster und ist es geblieben. Oft hat er vermittelt und oft ist er angeeckt. Es schien ihn nie gestört zu haben. Er mischt sich weiterhin ein. Derzeit vertritt keine der so genannten etablierten Parteien seine politischen Vorstellungen; deshalb ist er nun bei der PDS. Aber auch die sieht er kritisch. Mit seinem Geld hat er die Jakob-Moneta-Stiftung gegründet. Sie fördert unter anderem „Forschung und Lehre im Bereich der Literatur und der politischen Publizistik“.

A.D.

**Projekt „Lohnspiegel“**

Die deutschen Gewerkschaften und das WSI-Tarifarchiv beteiligen sich an einem internationalen Projekt zur kostenlosen Online-Auskunft über tatsächliche Einkommen in allen Branchen und Berufen. Damit eine aussagekräftige Datenbasis entsteht, sollten möglichst viele Beschäftigte mitmachen und einen Fragebogen ausfüllen unter [www.lohnspiegel.de](http://www.lohnspiegel.de)

WSI-Tarifarchiv im Internet:  
[www.tarifvertrag.de](http://www.tarifvertrag.de)

**Aktuelle Informationen zur Tarifpolitik, aus Arbeit und Wirtschaft unter**  
[www.weltderarbeit.de](http://www.weltderarbeit.de)

**Sammelbecken der Unzufriedenen**

Die zweite deutsche Republik ist nicht die erste. Die zweite ist gefestigt, die erste war es nie. Deshalb verbietet sich ein Vergleich. Er drängt sich dennoch auf: Damals sechs Millionen Arbeitslose, heute schon beinahe fünf, von der Dunkelziffer nicht zu reden...

Unmut über die Sozialpolitik der Bundesregierung, Verdruss über die ratlose Opposition, Erschrecken angesichts der stetig steigenden Arbeitslosigkeit, Sorgen um die finanzielle Zukunft, um steigende Kosten fürs Kranksein, um stagnierende Renten, die für Viele bereits faktisch herab gesenkte Leistungen sind. Das machen sich die großen Vereinfacher zunutze.

An der Saar hat es die NPD kürzlich aus dem Stand fast in den Landtag geschafft. Danach versprachen die rechtsextremen Parteien einander, beim Werben um die Wähler nicht mehr zu konkurrieren. Getrennt marschieren, vereint schlagen, denn 2006 will man im Bundestag vertreten sein.

Die Einschnitte in unser Sozialsystem, kurz Hartz IV genannt, und die daraus folgende Verunsicherung vieler Menschen machen sich die Rechtsextremen zu Nutze, um ihre vorgestrige Politik zu verkaufen. Hartz IV ist nur ein Vorwand, um nach dem ansonsten alten Muster vor allem Ausländerhass zu predigen. Die Forschungsgruppe Wahlen ermittelte nach der Wahl im Saarland: „Die NPD hat von dem Protest gegen Hartz IV profitiert. Sie hat vor allem dort ihre Stimmen geholt, wo die Auswirkungen von Hartz IV besonders stark sind, nämlich bei den Arbeitslosen und denjenigen, die

ihre Arbeitsplätze gefährdet sehen.“ Es sind längst nicht mehr nur die Altnazis und die Neonazis mit Glatze und Springerstiefeln, die den Veranstaltungen der Rechtsextremen mächtigen Zulauf bringen und deren Wahlergebnisse verbessern; es folgen ihnen inzwischen vielmehr auch Menschen, die bislang bürgerliche Parteien gewählt hatten. Sie protestieren nicht einmal, wenn mit Kritik an der Sozialpolitik Ausländerhass gepredigt, NS-Verbrechen geleugnet und die „nationale Erhebung“ gefordert werden.

Wahlforscher haben ein Ost-West-Gefälle ausgemacht; in den neuen Bundesländern fällt die rechtsextreme Agitation auf erheblich fruchtbareren Boden als in Westdeutschland. Die Erklärung ist einfach: In Ostdeutschland sind viel mehr Menschen von den sozialen Einschnitten betroffen als im Westen. Zudem haben in den neuen Ländern die demokratischen Parteien keine annähernd so lange Tradition wie im Westen. Dasselbe gilt für die Gewerkschaften.

Es fehlt aber nicht nur die demokratische Tradition. Es fehlt im Osten und übrigens auch im Westen eine Alternative! Es reicht nicht, wenn Vertreter der etablierten Parteien Wahlerfolge der Rechtsextremen beklagen und Nicht-Wähler kritisieren. Die Parteien und die ihnen nahe stehenden Stiftungen müssen ihre Aufgabe der politischen Bildung erheblich ernster nehmen. Und dazu müssen sie ganz neue Wege zur Ansprache Betroffener finden. Die kommen nämlich nicht in wohltemperierten Vortragsäle.

A.D.

## Boom beim deutschen Waffenhandel

Ende Oktober debattierte der Bundestag den so genannten „Abrüstungsbericht“, in dem die Bundesregierung ihre Außen- und Militärpolitik lobt. Verschiedene Friedensorganisationen haben dazu eine gemeinsame Stellungnahme abgegeben. Darin heißt es unter anderem:

„Unter Rot-Grün wurde die Zahl der im Ausland stationierten Soldaten vervielfacht, das größte Aufrüstungsprogramm aller Zeiten durchgeführt und deutsche Waffen bzw. in Kooperation gefertigte Waffen selbst in Krisen- und Kriegsgebiete geliefert. Mit der Umwandlung der Bundeswehr von einer so genannten Verteidigungsarmee zu einer weltweiten Interventionstruppe betreibt die Bundesregierung der Sozialdemokratischen Partei (SPD) und von Bündnis 90/Die Grünen aktive Kriegspolitik. Trotz langjähriger Präsenz ist es der Bundeswehr weder im Kosovo noch in Afghanistan gelungen, diese Länder zu befrieden. (...) Geradezu dramatisch ist die Entwicklung im Bereich der Rüstungsexporte. Im Jahr 2003 avancierte Deutschland nach den USA und Russland zum weltweit drittgrößten Rüstungsexporteur. Derzeit werden die letzten Hemmschwellen überschritten. Rüstungsexporte in Krisengebiete und an menschenrechtsverletzende Staaten wie Israel, die Türkei, den Irak oder Libyen sind Ausdruck einer Außenpolitik, die Menschenrechte außer Acht lässt und stattdessen ungeniert die Rüstungsindustrie bedient“.

Die Friedensorganisationen fordern:

- den Verzicht auf Auslandseinsätze der Bundeswehr;
- die deutliche Verkleinerung der

Bundeswehr;

- die Abschaffung der Wehrpflicht;
- die Kürzung der Rüstungsausgaben um mindestens fünf Prozent pro Jahr;
- die Förderung ziviler Konfliktberatung und der Friedensforschung;
- keine Militarisierung der Europäischen Union durch Rüstungsbeschaffungsmaßnahmen und Aufstellung von Einsatztruppen.

Die Rüstungsindustrie hat Konjunktur. Ihre Auftragsbücher sind mit Eurofightern, Transportflugzeugen, Hubschraubern und Marineschiffen gut gefüllt. Und deutsche U-Boote waren schon immer ein Exportschlager. Das teuerste Objekt der Bundeswehr, der Eurofighter, kostet den deutschen Steuerzahler bis zum Jahr 2015 insgesamt 15,4 Milliarden Euro (für 180 Flieger).

Das weltweit wohl angesehenste Friedensforschungsinstitut, das Stockholmer Internationale Institut für Friedensforschung SIPRI, berichtet, dass die Rüstungsausgaben im vergangenen Jahr weltweit um 18 Prozent gestiegen seien. Dabei wurden 75 Prozent dieser Ausgaben von den 32 reichsten Staaten bestritten, die nur 16 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen. Damit bewegt sich die Rüstung wieder auf einen Umfang zu, den wir nur aus der Hochzeit des Kalten Krieges, Mitte der 80er Jahre, kennen.

Über 40.000 Waffenproduzenten, -händler und -käufer treffen sich alle zwei Jahre auf der Eurosatory in Paris, einer der weltgrößten Rüstungsmessen. Über 40 Länder bieten neueste Waffen an und deutsche Konzerne verdienen mit. Dazu gehören

auch heimtückische Streubomben. Sie zerlegen sich beim Abwurf noch in der Luft in Hunderte von kleineren so genannten Bomblets. Solche Munition unterscheidet nicht zwischen militärischen und zivilen Zielen. Sie wirkt wie eine wahllose Flächenbombardierung und macht ganze Regionen unbewohnbar. Viele Blindgänger bleiben liegen, bedrohen auf Jahre die Zivilbevölkerung. Im Sommer 1999 haben NATO-Kampfflugzeuge das Kosovo damit bombardiert. Auch fünf Jahre später werden immer noch Landminen und Streumunition geräumt. 30.000 bis 50.000 Streubomben-Blindgänger verseuchen ganze Landstriche. Etwa 500 Menschen sind durch diese Munition seit dem Krieg getötet oder verletzt worden, darunter auch viele Mitglieder von Räumtruppen.

Rüstungsexporte sind offensichtlich kein rot-grünes Reizthema mehr. In den Regierungsrichtlinien heißt es zwar noch, die Bundesregierung sei bestrebt, ihre „Rüstungspolitik restriktiv zu gestalten“ und durch „Begrenzung und Kontrolle einen Beitrag zur Sicherung des Friedens, der Gewaltprävention, der Menschenrechte und einer nachhaltigen Entwicklung in der Welt zu leisten“. Doch die Änderungen in der Außenpolitik sind unübersehbar. Während seiner jüngsten China-Reise empfahl der Bundeskanzler die Aufhebung des EU-Waffenembargos gegen die Volksrepublik. Beim Besuch in Indien sprach er über die Lieferung deutscher U-Boote an die Regierung des Subkontinents. Und die Lieferung von 20 Fuchs-Transportpanzern an den Irak ist ein weiterer Schritt. Für die Bundesregierung gibt es scheinbar keine Tabus mehr. F.K.

## Wege zu mehr Beschäftigung

Eine Verlängerung der Wochenarbeitszeit und die Abschaffung des Kündigungsschutzes sind keine wirkungsvollen Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Nach Ansicht des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB) seien die moderaten Tariflohnabschlüsse der vergangenen Jahre „wegen fehlender wirtschaftlicher Dynamik und der damit verbundenen verschärften Wettbewerbssituation“ ins Leere gelaufen. Kostensenkung und Verbesserung der Angebotsbedingungen allein würden auf absehbare Zeit nicht zu befriedigenden Beschäftigungserfolgen führen. Flexibilisierung oder gar Verlängerung der Arbeitszeit führe eher zu weniger als zu mehr Beschäftigung.

Zur nachhaltigen und schnellen Verbesserung der Situation auf dem Arbeitsmarkt sind nach Ansicht des IAB aufeinander abgestimmte angebots- und nachfrageseitige Maßnahmen unverzichtbar. Wege zu mehr Beschäftigung sind nach den Ergebnissen der vorgelegten Untersuchung durch eine starke Binnennachfrage zu schaffen. Nach Auffassung des IAB ist unabdingbare Voraussetzung für einen Erfolg in kurzer wie in langer Sicht der Wille zum gemeinsamen Handeln. „Wichtig für die Akzeptanz aller Maßnahmen ist, dass die Verteilung von Vor- und Nachteilen von allen Beteiligten als „gerecht“ empfunden wird“. Vorgeschlagen wird ein Strategiebündel mit einer Senkung von direkten Steuern und Sozialver-

sicherungsbeiträgen. Außerdem sollten die öffentlichen Investitionen erhöht werden.

Die Behauptung, der Kündigungsschutz verhindere die Schaffung neuer Arbeitsplätze, entbehre jeglicher empirischer Grundlage. Zu dieser Erkenntnis kommen auch zwei Untersuchungen des Wirtschafts- und Sozialwissenschaften Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung. Keine der nationalen oder europäischen Studien habe einen Zusammenhang zwischen Kündigungsschutz und der Höhe der Arbeitslosigkeit belegen können. Weder die Anhebung, noch die Absenkung der Geltungsschwelle des Kündigungsschutzes hätten einen Einfluss auf das Einstellungsverhalten der Betriebe. Die Kündigungsschutzdebatte sei demagogisch.

-es.

## Erinnerungsarbeit

An die vergessenen Justizopfer des Kalten Krieges in der Adenauer-Zeit erinnern Veranstaltungen in der ver.di-Medien-Galerie (Dudenstraße, Berlin-Kreuzberg). Eine Ausstellung mit Dokumenten und Zeugnissen ist vom 2. November bis 17. Dezember jeweils montags bis donnerstags von 12 bis 19 Uhr geöffnet.

In einer Begleitveranstaltung am 9. Dezember um 18 Uhr soll an den „Fall Viktor Agartz“ erinnert werden, der als Cheftheoretiker der Gewerkschaften nach dem Zweiten Weltkrieg gegen den Trend zur Restaurierung alter kapitalistischer Machtverhältnisse gekämpft hat.

Eine weitere Veranstaltung mit Betroffenen der politischen Justiz findet am 23. November um 18 Uhr in der Medien-Galerie statt.

## Fortbestand der Akademien?

Die „Hochschule für Wirtschaft und Politik“ (HWP) in Hamburg und die im Jahr 1921 gegründete „Akademie der Arbeit“ (AdA) in Frankfurt am Main sind in ihrer Existenz bedroht. Beide Einrichtungen sind für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wichtige Weiterbildungseinrichtungen, die Studienmöglichkeiten ohne Abitur bieten.

Die CDU-Landesregierung will die Zuschüsse für die AdA im nächsten Jahr von 560.000 Euro auf 313.000 Euro kürzen. Durch diese Sparmaßnahme ist die Weiterführung der gemeinsam von DGB, der Stadt Frankfurt und dem Land Hessen getragenen Akademie gefährdet. Der DGB, der mit 1,3 Millionen Euro jährlich bereits den größten Teil der Kosten trägt, und die Stadt Frankfurt können den Rückzug des Landes

nicht kompensieren. Geprüft wird zurzeit eine Beteiligung des Bundes.

Bereits Ende vorigen Jahres hat der Hamburger Senat eine Fusion der HWP mit den Fachbereichen Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zu einer Fakultät der Universität Hamburg beschlossen. Trotz heftiger Proteste soll in den nächsten Monaten die Umstrukturierung eingeleitet werden. Die alten Fachbereiche sollen während einer Übergangsfrist von drei Jahren weitgehend autonom bleiben, bevor eine Überprüfung stattfindet. In der Zerstörung der HWP durch die CDU wird von Absolventen, Studierenden und Hochschullehrern eine Maßnahme zur neoliberalen Gleichschaltung gesehen.

K.



## Lehrstellenlücke wächst

Als Reaktion auf die schlechteste Ausbildungsbilanz seit sieben Jahren haben sich ver.di und IG Metall mit einem Schreiben an die Bundestagsabgeordneten der Regierungsfractionen gewandt. Darin werden die Politiker aufgefordert, die auf Eis gelegte Ausbildungsumlage zu verabschieden. „Die Bundesregierung trägt durch den Stopp des Umlagegesetzes Mitschuld an der Ausbildungsmisere“, heißt es in dem Brief.

Mitte Juni hatten die Wirtschaftsverbände der Regierung für drei Jahre zugesichert, jeweils 30.000 neue Ausbildungsplätze und 25.000 bis zu einjährige Einstiegsqualifizierungen in den Betrieben anzubieten. Die rot-grüne Koalition hatte daraufhin die gesetzliche Ausbildungsabgabe ausgesetzt.

Anfang Oktober verkündeten Kammern und Handwerksverbände stolz, dass es in diesem Jahr 36.300 neue Lehrstellen gebe. Verschwiegen wurde allerdings, dass gleichzeitig

Zehntausende alte entfielen. In der Bilanz wurden in diesem Jahr 22.600 betriebliche Ausbildungsplätze weniger gemeldet als im Vorjahr. Statistisch waren die meisten Jugendlichen Anfang Oktober bereits aussortiert. Mehr als 46.000 Jugendliche werden dieses Jahr bundesweit in „berufsvorbereitende“ Kurse gesteckt oder machen ein Berufsgrundschuljahr. 77.000 weitere Jugendliche ohne Berufsausbildung haben irgendeinen Job (meist Hilfstätigkeiten) angenommen. Nach Angaben des Nachrichtenmagazins „stern“ haben von den 890.000 Lehrstellensuchenden lediglich etwa 460.000 einen Ausbildungsvertrag erhalten.

Die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze reicht seit Jahren immer weniger aus. Jugendliche, die in den Vorjahren leer ausgingen, bewerben sich erneut, selbstverständlich zusätzlich zu den Schulabgängern. Die Unternehmer haben ihre Versprechungen nicht eingelöst. Die Bundesregierung muss nun endlich das Gesetz zur Umlagefinanzierung durchsetzen. -es.

\* \* \* \*

### Buchtipps

Ulrich Müller/Sven Giegold  
Malte Arhelger (Hrsg.)

**Gesteuerte Demokratie?**  
Wie neoliberale Eliten Politik und Öffentlichkeit beeinflussen

VSA-Verlag, 184 Seiten, 12,80 Euro

Die AutorInnen des Buches nehmen die Kanäle und Methoden der Einflussnahme neoliberaler Eliten auf die Politik unter die Lupe. Sie beleuchten Akteure, Themenfelder und Strategien, sie analysieren Defizite in Politik und Medien, die diese

einseitige Einflussnahme begünstigen, und stellen neue Ansatzpunkte für mehr Demokratie und eine kritischere Öffentlichkeit vor.

Mit Beiträgen von Sven Giegold (Attac), Gerald Häfner (Mehr Demokratie), Stephan Hebel (Frankfurter Rundschau), Ulrike Kallee (BUND), Thomas Leif (Journalist), Volker Lilienthal (epd medien), Anke Martiny (Transparency International), Ulrich Müller (FIAN), Claudia Peter (freie Journalistin), Ralf Ptak (Universität Köln), Werner Rügemer (Publizist), Thomas Seibert (medico international), Christiane Zerfaß (DGB).

### Kommentar

#### **George W.**

George W. Bush darf weiterhin sein Unwesen treiben. Erneut hat die Volksverdummung gesiegt. Wie unpolitisch muss eine Nation sein, die einen solchen Präsidenten wählt? Mit religiösem Fanatismus ist das allein nicht zu erklären. Die Wahlen in den USA haben vielmehr gezeigt, wie leicht Menschen durch Lügen und Angstmachelei zu manipulieren sind. Keine amerikanische Regierung zuvor hat so schamlos und unverhüllt die Interessen ihrer Mitglieder und der sie stützenden Klasse bedient wie die von Bush junior. Sogar vor dem Verbrechen eines Krieges ist sie dabei nicht zurückgeschreckt. Unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Terrorismus wird ein weltweites Imperium angestrebt, dem es nicht um die Verteidigung der „Werte der Demokratie“ geht, sondern um die Verteidigung des Lebensstandards der Reichen auf Kosten des Restes der Menschheit. Die größte Gefahr für alle Völker geht nun verstärkt vom US-Imperialismus aus mit einem religiösen Fundamentalisten an der Spitze. Franz Kersjes

### **Impressum:**

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt: Franz Kersjes, Abendrothstraße 5, 50769 Köln, Telefon: 0171 - 5 26 65 35, Mail: [franz.kersjes@koeln.de](mailto:franz.kersjes@koeln.de)  
Die Welt der Arbeit erscheint kostenlos nach Bedarf und wird im Internet veröffentlicht.

[www.weltderarbeit.de](http://www.weltderarbeit.de)

Nachdruck erwünscht.

Beiträge von Gastautoren stellen nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers dar.